## Bayerische Staatsregierung



Sie befinden sich hier: Startseite -> Staatskanzlei -> Bayern in Berlin -> Plenarsitzungen im Bundesrat

## Bundesratssitzungen

## Sitzung des Bundesrates am 2. Februar 2024

2. Februar 2024



Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL, und Staatsministerin Ulrike Scharf, MdL.

Bayern hat **verschiedene Bundesratsinitiativen** zur **<u>Eindämmung der illegalen Migration</u>** in die Länderkammer eingebracht.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann in seiner Rede zur Vorstellung der Initiativen: "Wir brauchen eine grundlegende Asylwende zur Eindämmung der unkontrollierten illegalen Migration. Die Ampel muss endlich anerkennen, dass die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft begrenzt ist. Wir brauchen eine realistische Integrationsgrenze, sonst droht ein Entstehen von Parallelgesellschaften. Deutschland kann seiner humanitären Verantwortung nur durch gezielten Einsatz der Ressourcen für tatsächlich Schutzbedürftige gerecht werden."

zur Rede



711 den	haverisch	en Initi	ativen <sup>.</sup>

• Reform Asylrecht

<u>zur BR-Entschließung / Antrag Bayerns</u>

• Realistische Integrationsgrenze

<u>zur BR-Entschließung / Antrag Bayerns</u>

• Zentrale Bundesausreisezentren an den großen Flughäfen

<u>zur BR-Entschließung / Antrag Bayerns</u>

• Einstufung weiterer Staaten als **sichere Herkunftsstaaten** 

<u>zur BR-Entschließung / Antrag Bayerns</u>

• Zurückweisungen an der Binnengrenze

<u>zur BR-Entschließung / Antrag Bayerns</u>

• Aberkennung Staatsangehörigkeit für antisemitische Straftäter

<u>zur BR-Entschließung / Antrag Bayerns</u>

• Harmonisierung Sozialleistungen nach AsylbewerberleistungsG

zur BR-Initiative / Antrag Bayerns

• Beschleunigung Asyl(gerichts)verfahren

zur BR-Initiative / Antrag Bayerns

Mehr



Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL, (Mitte) im Gespräch mit Nathanael Liminski, Minister für Bundesund Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen und Mona Neubaur, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Bundesrat hat gegen die Stimmen der Staatsregierung sowohl das <u>Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts</u> als auch das <u>Rückführungsverbesserungsgesetz</u> passieren lassen. Da nach Auffassung Bayerns beide Gesetze <u>Ausdruck</u> einer völlig verfehlten <u>Migrationspolitik</u> sind, hatte die Staatsregierung <u>Anträge</u> auf <u>Anrufung</u> des <u>Vermittlungsausschusses</u> gestellt, die allerdings keine Mehrheit im Plenum fanden.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL, im Interview.
Auch das <u>Polizeibeauftragtengesetz</u> hat den Bundesrat passiert. <b>Staatsminister Dr. Florian Herrmann</b> machte in seiner Rede die Ablehnung des Freistaates deutlich: "Das neue Amt eines Polizeibeauftragten ist <b>überflüssig</b> . Es stellt die Polizei unter <b>Generalverdacht</b> . Hintergrund ist das ideologisch getriebene, strukturelle und prinzipielle <b>Misstrauen</b> der Grünen gegen <b>Staat und Polizei</b> , die gleichsam als <b>tendenzieller Gegenpol zur Freiheit</b> der Bürger gesehen werden."
<u>zum Antrag Bayerns</u>
zur Rede
Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL.
Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf stellte die bayerische Initiative "Grundlegende Reform der Grundsicherung" vor und machte den aus Sicht der Staatsregierung dringenden Änderungsbedarf deutlich: "Das so genannte "Bürgergeld" muss geändert werden. Schon der Begriff schürt falsche Erwartungen und birgt die Gefahr eines falschen Versprechens. Mit einem falschen Kompass provozieren wir diejenigen, die unseren Sozialstaat mit ihrer Arbeit finanzieren."
Mehr
zur BR-Entschließung / Antrag Bayerns
zur Rede

## <u>zu den Voten</u>

Inhalt Datenschutz Impressum Barrierefreiheit

